

## Arbeiter in der Rüstungsproduktion

Ein Diskussionsbeitrag aus der Friedensforschung

---

*Dr. Hans-Jürgen Benedict, geboren 1941 in Hamburg, studierte Theologie und Politologie. Er nimmt zur Zeit eine Vertretungsprofessur in den Erziehungswissenschaften an der Universität Hamburg wahr.*

Versetzen wir uns einmal in folgende Geschichte: Ein kleiner Rüstungsbetrieb in der Bundesrepublik, Teilwerk des Bereichs Wehrtechnik eines Großkonzerns, gerät in Schwierigkeiten - ein Auftrag der Bundeswehr läuft aus, ein neuer Auftrag ist trotz Wallfahrt des Betriebsrates nach Bonn nicht zu erhalten, denn wegen Mißmanagement erhält ein Konkurrent den Vorzug. Daraufhin kündigt die Unternehmensleitung die schrittweise Entlassung von 500 Mitarbeitern und die Stilllegung an. Die Arbeiter sind empört; sie haben den Betrieb mit aufgebaut und können in der näheren Umgebung keine gleichwertige Arbeit finden. Um der Stilllegung zuvorzukommen, besetzen sie den Betrieb und fertigen in eigener Regie weiter: Maschinengewehre, Infanteriemunition, Handgranaten. Sie werden in ihrem Kampf gegen die Betriebsschließung von der lokalen und regionalen Öffentlichkeit unterstützt, erhalten täglich mehr Solidaritätsadressen aus dem ganzen Land. Die Unternehmensleitung will den besetzten Betrieb räumen lassen, doch die Polizei traut sich wegen der Waffenproduktion nicht, gewaltsam vorzugehen. Der Slogan „Maschinengewehre in Selbstverwaltung“ macht die Runde. Immer mehr Besucher kommen nach Adorf; nicht wenige nutzen die Gelegenheit, um günstig eine Maschinenpistole zu kaufen. Denn vom Verkauf der Produkte hängt ja der Fortbestand der Selbstverwaltung ab. Der Widerstand der Arbeiter hat schließlich Erfolg - die Unternehmensleitung nimmt ihre Stilllegungspläne zurück, die Bundeswehr gibt einen Teilauftrag, und kurz darauf sind die Kapazitäten wieder voll ausgelastet, als die Bestellung einer lateinamerikanischen Diktatur über 40 000 Sturmgewehre und 100 000 Handgranaten eingeht.

### *Dilemma zwischen Rüstungsreduzierung und Arbeitsplatzsicherung*

Dieses fiktive Szenario mit durchaus realistischen Elementen zeigt ebenso wie unsere Reaktion darauf, daß Rüstungsproduktion und die Situation der Rüstungsar-

beiter einige besondere Probleme aufwerfen<sup>1</sup>. Was bei LIP oder Erwitte unsere Solidarität und Bewunderung weckt - passierte das gleiche bei Rheinmetall, Heckler & Koch, Diehl oder Dynamit Nobel, wir würden uns schwerlich zu Solidaritätsadressen veranlaßt sehen. Wir hätten es natürlich lieber, wenn bei drohenden Entlassungen und Stilllegungen in der Rüstungsproduktion die Arbeiter darangingen, Pläne für Zivilproduktion zu entwickeln und diese in die Tat umzusetzen. „Aus Schwertern Pflüge machen“ - die Realisierung dieser alten prophetischen Verheißung würde uns schon eher von den Sitzen reißen, zu kleinen Wallfahrten und dann um so größeren Buchproduktionen animieren. Doch die Wirklichkeit, sie ist nicht so, und weil sie nicht so ist, ist das Problem der Rüstungsproduktion in den Gewerkschaften ebenso wie in der Friedensforschung mit eigentümlichen Verdrängungen und Kurzschlüssen behaftet.

Eine dieser Verdrängungen besteht darin, das Problem der Rüstungsreduzierung und Produktionsumstellung schlicht auf den Tag nach der Revolution zu vertagen, also etwa - das wäre die radikale Variante - zu sagen: Die Rüstungsproblematik ist ein abgeleitetes Problem, alle Kritik und Praxis muß auf den Sturz der auf Privateigentum beruhenden Kapitalherrschaft gerichtet sein. Oder aber — die reformistische Variante -: In einer allmählichen Strategie der Demokratisierung der Wirtschaft, die auf die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter hinausläuft, sind nur solche Tatbestände aufzugreifen, die unmittelbar diesem Ziel dienen<sup>2</sup>, Rüstungsreduzierung ist kein Problem der Arbeiter, sondern der politischen Instanzen<sup>3</sup>. Ein anderer Kurzschluß besteht darin, in moralischer Empörung Rüstungsarbeiter auf das Verwerfliche ihrer Tätigkeit hinzuweisen, verbunden mit der Aufforderung, doch gefälligst diese Produktion einzustellen bzw. wenigstens Waffenlieferungen in bestimmte Länder zu boykottieren<sup>4</sup>. Bekümmert konstatiert der bürgerliche Friedensforscher, daß Betriebsräte aus Rüstungsfirmen beim Verteidigungsministerium in Bonn antichambrieren, um neue Aufträge zu ergattern. Vergeblich appelliert er an die Gewerkschaften, sich doch auf ihre antimilitaristische Tradition zu besinnen und an der Basis in diesem Sinne tätig zu werden.

Beide Positionen haben zwar eine gewisse Berechtigung - die erste verweist darauf, daß Abrüstung Veränderung, ja Beseitigung des Kapitalismus bedeutet, weil die

---

1 Daß dieses Szenario keineswegs nur fiktiv ist, zeigen die Vorgänge um die geplante Stilllegung des VFW-Fokker-Werks in Speyer. Die gesamte Stadt hat sich dem Protest gegen die Verlagerung der Produktion nach Norddeutschland angeschlossen; auf einer Versammlung am 12. März drohten die Frauen der Arbeiter, sie würden „jeden daran hindern, den Abbau der Fertigungsstraße zu vollenden“ (Metall Nr. 6.1976, S. 4). In dem Kampf der VFW-Fokker-Arbeiter zur Rettung ihrer Arbeitsplätze tauchte vereinzelt die Forderung nach Umstellung auf zivile Produktion auf (s. Der Gewerkschafter Nr. 3.1976).

2 So etwa die Position der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, wie sie von den Mitarbeitern des IG-Metall-Bildungszentrums in Sprockhövel vertreten wird.

3 So der stellvertretende DGB-Vorsitzende Muhr auf dem 6. Kolloquium der AFK in Hannover 1975, s. Friedensanalysen Bd. HI, Frankfurt 1976 (i. E.).

4 Diese Position dominiert auch noch den Band H.-J. Benedict/H.-E. Bahr (Hgg.), Eingriffe in die Rüstungsindustrie. Initiativen von unten, Darmstadt/Neuwied 1975.

Bestandserhaltung dieses Systems stark an die Existenz von Rüstung und Militär gebunden ist. Die zweite Position erinnert daran, daß Abrüstung ohne moralischen Antimilitarismus in den Massen nur geringe Durchsetzungschancen hat, weil diese jetzt noch der Rüstungspolitik gleichgültig gegenüberstehen oder sie aus Arbeitsplatzsicherungsinteresse unterstützen.

Deutlich dürfte jedoch sein - weder die Vertagung des Problems noch der bloß moralische Appell bringen uns weiter. Eine Vertagung wäre zynisch angesichts der Rüstungsverschwendung und damit des Entzugs besserer Lebenschancen für Millionen Menschen. Der Appell andererseits, wenn auch gutgemeint, vermag nicht an die Machtstrukturen zu rühren, wenn nicht auch Druck von unten hinzukommt.

Gehen wir einmal von der Annahme aus, daß eine Veränderung des kapitalistischen Wirtschaftssystems unabdingbar an die Eindämmung des Rüstungskomplexes gekoppelt ist, dann kommt neben anderen Größen sowohl dem Verhalten der Rüstungsarbeiterschaft wie der Einstellung der Gesamtarbeiterschaft zu diesem Problem eine wichtige Rolle zu. Sowenig das Abrüstungsproblem allein der Rüstungsarbeiterschaft aufgebürdet werden kann, sowenig kann es ohne sie gelöst werden. Denn Unverständnis oder Widerstand in der, verglichen mit der Gesamtzahl der lohnabhängig beschäftigten kleinen Gruppe der Rüstungsarbeiter (nach neuesten Schätzungen ca. 350 000<sup>5</sup>) könnten bereits erste Schritte der Rüstungsreduzierung im Keime ersticken. Wenn die Situation gegenwärtig so ist, daß selbst linke SPD-Abgeordnete, die ansonsten für eine Demokratisierung der Wirtschaft und Senkung der Rüstungsausgaben eintreten, Betrieben in ihrem Wahlkreis Rüstungsaufträge besorgen, weil der Betriebsrat ihnen deswegen die Türen eingerannt hat<sup>6</sup>, dann zeigt das noch einmal die Notwendigkeit einer rüstungskritischen Bewußtseinsbildung.

Die entscheidende Frage ist also: Wie kann die Kluft überwunden werden zwischen der Resolution der Reichskonferenz der Rüstungsarbeiter vom März 1919: „Allen in der Waffenindustrie beschäftigten Arbeitern vorzuschlagen, jede fernere Erzeugung von Kriegsmaterial prinzipiell abzulehnen und eine Umstellung der Betriebe für Friedensarbeit zu erwirken“<sup>7</sup> und dem Statement des Betriebsratsvorsitzenden von MAK Kiel vom September 1975: „Ich kann große Sprüche kloppen und sagen, ich bin gegen Rüstung, aber dann kommen die Kumpels und fragen mich: Gut, aber was sollen wir jetzt machen<sup>8</sup>?“

Es ist jedoch noch genauer nachzufragen: Wo liegen die Konvergenzen, wo die Divergenzen zwischen Unternehmer-, Arbeiter- und Staatsinteressen im Rüstungs-

---

5 C. Bielfeldt, Zur Ermittlung der militärisch abhängig Beschäftigten in der BRD, in: antimilitarismus Information H. 2, Februar 1974, 38.

6 So der SPD-Abgeordnete Norbert Gansei für MAK Maschinenbau Kiel die Beteiligung am Bau des Flakpanzers Gepard, s. Wehrdienst 24. 4. 1973.

7 Zit. in antimilitarismus information H. 8/9, Aug./Sept. 1975, 136. Die Resolution stammt von Rudolf Rocker, dem führenden Theoretiker des deutschen Anarchosyndikalismus der Weimarer Zeit. Die große Rede Rockers zur Begründung dieser Resolution ebd., 129 ff.

8 Zit. in der Spiegel-Titelgeschichte „Waffen für die Welt? Deutsche Rüstungsindustrie“, „Der Spiegel“ Nr. 38, 15. Sept. 1975.

bereich, zwischen Sicherheit des Profits, des Arbeitsplatzes und der Landesgrenze? Die meisten an Rüstungsgeschäften beteiligten Kapitale sind wegen gleichzeitiger ziviler Produktion nicht von Rüstungsproduktion abhängig, jedoch stark an Rüstungsaufträgen wegen der extrem hohen Profitraten interessiert. Man agiert dabei jedoch nicht wie andere Interessengruppen öffentlich, sondern lobbyistisch hinter den Kulissen. Große am Rüstungsgeschäft beteiligte Konzerne wie AEG-Telefunken, Siemens, Daimler-Benz sind daran interessiert, ihre Rüstungsproduktion eher zu verheimlichen bzw. herunterzuspielen, weil offensichtlich Rüstungsproduktion immer noch leicht stigmatisiert ist. Es gelingt ihnen dabei, Betriebsräte und Gewerkschaften an ihrem Lobbyismus für Anschlußaufträge zu beteiligen. Dabei brauchen sie sich gar nicht besonderer Anstrengungen zu unterziehen, da die Interessenvertreter der Arbeiter von ihrem Auftrag her gegen eine Gefährdung der Arbeitsplätze protestieren müssen. Vertretung der materiellen Interessen ihrer Mitglieder ist ja die Aufgabe der Gewerkschaften und Motivation für den Gewerkschaftseintritt. Müssen die Gewerkschaften aber nur erfüllen, was ihre Mitglieder erwarten, so versäumen sie im Rüstungsbereich eine langfristig sinnvollere Lösung. D. h. sie beteiligen sich immer wieder an der Auslastung der vorhandenen Kapazitäten, die stets von neuem gefährdet sind, weil der Staat wegen knapper Mittel gezwungen ist, der Rüstungsindustrie selektiv Kapitalverwertungschancen zu entziehen. Die Forderung einer Umstellung auf nichtmilitärische staatliche Aufträge taucht gelegentlich auf Gewerkschaftskongressen auf, ohne jedoch jemals zur verbindlichen Politik der Gewerkschaften gemacht worden zu sein. Die Problematisierung von Rüstungsproduktion gehört nicht zu den Themen der Betriebsräte- oder Vertrauensleute-Schulung.

Unbehelligt von kritischen Anfragen kann sich daher die Kooperation zwischen Gewerkschaftsvertretern (Betriebsräte und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat) und Unternehmensleitung im Rüstungsbetrieb vollziehen. Dabei wäre es doch denkbar, daß die gewerkschaftlichen Funktionäre in den Betrieben die Unternehmensleitungen aufforderten, Umstellungspläne zu erarbeiten und dieses Vorhaben auf Belegschaftsversammlungen mit den Arbeitern diskutierten — also eine Form kritischer Kooperation, solange man nicht selbst die Produktion kontrolliert. Man könnte es, ironisch gesprochen, natürlich bereits als ein Element von Selbstverwaltung ansehen, wenn Arbeiter sich so intensiv um die Ertragslage und Auslastung der Produktionskapazitäten ihrer Betriebe kümmern. In genossenschaftlichen Betrieben wäre das eine der Hauptaufgaben. Man könnte sogar die These aufstellen, daß Betriebsräte, die in Bonn lobbyieren, dem verhüllten gemeinwirtschaftlichen Charakter der Rüstungsbetriebe Rechnung tragen. *Fritz Vilmar* hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß „die Rüstungskonzerne bereits heute unter quasi gemeinwirtschaftlichen Bedingungen produzieren. Freilich hinter der Mauer der Geheimhaltung, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, daher in ihrer kapitalistischen Besitz- und Profitstruktur noch ungefährdet“<sup>9</sup>.

---

<sup>9</sup> F. Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt 1969, 290.

Was Wunder, daß bei der Enthaltbarkeit der Spitzengremien die Betriebsräte sich in unkritischer Kooperation mit der Unternehmensleitung im wirtschaftlichen Bereich üben.

Ich will damit nicht sagen, daß der Widerspruch von Kapital und Arbeit Rüstungsarbeitern grundsätzlich nicht deutlich wird. Natürlich stehen Betriebsräte und Vertrauensleute auch im Rüstungsbetrieb in vielfacher Auseinandersetzung mit der Unternehmensleitung, wenn es um Personal-, Sozial-, Arbeitsplatz- und Lohnfragen geht, und natürlich erfahren sie in diesen Kontroversen die auf Kapitaleigentum beruhende Herrschaftsausübung, müssen Angriffe der Unternehmensseite abwehren usw. Im allgemeinen sind die Rüstungsarbeiter den gleichen Formen des Arbeitsleids ausgesetzt wie ihre zivilen Kollegen — Akkord, repetitive Teilarbeit, Monotonie, Schicht- und Nachtarbeit<sup>10</sup>. Sie haben den gleichen physischen und psychischen Streß auszuhalten, und eine Verschärfung der Arbeitsbedingungen, hervorgerufen durch eine Wirtschaftskrise wie die jetzige, trifft sie ebenso wie die anderen Arbeiter. Das rasche Ansteigen der Unternehmerrgewinne bei nur leichten Lohnerhöhungen im Frühjahr und Sommer 1973 führte auch in Rüstungsbetrieben zu spontanen Streiks. Eine Analyse der spontanen Streiks ergab, daß unter den 335 Betrieben, in denen es zu spontanen Ausständen kam, immerhin auch 11 Betriebe mit Rüstungsfertigung waren und daß von den 275 000 Arbeitern, die sich an den Streiks beteiligten, 14 500 auf Rüstungsbetriebe entfielen<sup>11</sup>.

#### *Der gewerkschaftliche Beitrag zur Rüstungsreduzierung*

Alle Beobachtungen und Hypothesen legen den Schluß zwingend nahe, daß die deutschen Rüstungsarbeiter, käme es zu sukzessiven Abrüstungsschritten, die ihre Arbeitsplätze betreffen, mit Unverständnis reagieren und sich ins abrüstungsfeindliche Lager einreihen würden. Man könnte mir entgegenhalten, daß die deutschen Arbeiter sich zweimal der gewaltigen Abrüstung nach verlorenen Kriegen nicht widersetzt hätten, daß sie vielmehr im ersten Fall selbst diese Abrüstung gefordert und im zweiten mit wahren Enthusiasmus sich auf den Wiederaufbau der Friedensindustrie gestürzt hätten. Doch dieses Argument sticht nicht, denn wir haben keine katastrophische Umbruchsituation. Wir müssen agieren in der Normalität des Rüstungswahnsinns und wollen auf apokalyptische Ereignisse in diesem Zusammenhang lieber nicht hoffen. Die Aussicht, daß die Arbeiter eine staatlich verfügte Zwangsumstellung, hervorgerufen durch globale Prozesse, in bekannter Apathie

---

10 S. dazu M. Osterland, F. Deppe u. a. (Hgg.), Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Frankfurt 1973, Teil 2.

11 Es handelt sich um folgende Betriebe (in Klammern die Zahlen der Streikbeteiligten): VFW Fokker Speyer (1350), VFW Fokker Lehmwerder (1000), Rheinstahl Gießerei Meiderich (600), Standard Elektronik Lorenz Stuttgart (2000), Rheinstahl Werft Emden (2000), Krupp Atlas Werke Bremen (450), Dynamit Nobel Fürth (300), Honeywell Dörmigheim (1000), Rheinstahl Kassel (5000), Lokomotivfabrik Jung Jungenthal (800) und die Metallarbeiter NATO Werkstätten Schwäbisch Gmünd (700); MBB Werk Augsburg (79), Vulkan Werft Bremen (5000). Diese Angaben entnahm ich der Streikstatistik, in: Redaktionskollektiv „express“ (Hgg.), Spontane Streiks 1973, 128 ff.

hinnehmen, finde ich keineswegs tröstlich. Es ist zuwenig zu sagen, daß Abrüstung ein rein politischer Entscheidungsprozeß ist, den es im Rahmen der politischen Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften, also auf oberer Ebene, zu beeinflussen gilt. Es geht doch darum, daß sie sich an diesem Abrüstungsprozeß aktiv beteiligen, weil Rüstungsindustrie, Militärs und Staatsapparat das Zugeständnis erster kleiner Rüstungsreduzierungen abgezwungen werden muß. Denn die Regierungen werden immer nur so viel tun, wie die öffentliche Meinung gerade zuläßt. Anders gesagt: Ohne Druck aus der Bevölkerung wird in der Abrüstungsfrage wenig passieren.

Eine strategisch wichtige Rolle kommt in dieser Frage zweifelsohne den Gewerkschaften zu. Die Gewerkschaften sind primär ökonomische Interessenvertretung, haben sich gegen die ökonomische Fixierung ihrer Arbeit stets gewehrt. Und in der Tat wäre es ohne die Aktivitäten der Gewerkschaften nicht zur Verwirklichung sozialer und demokratischer Reformen in Deutschland gekommen. Auf Grund dieser Tradition dürfte es ihnen auch nicht gleichgültig sein, ob sozialstaatliche Aufgaben durch Rüstungsprioritäten zunehmend eingeengt werden. Zielen sie in ihrer Arbeit auf die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter und damit auf die Beseitigung der zentralen Struktur des Unfriedens, dann müssen sie auch an einer Eindämmung jenes Komplexes, eben dem der Rüstung, interessiert sein, der diese zentrale Unfriedensstruktur immer noch entscheidend abgesichert hat.

Nach der Befreiung aus den Denkschemata des kalten Krieges müßten sie zu einer kritisch unvoreingenommenen Analyse der Rüstungsproduktion bereit sein. Es erstaunt, daß man sich in Gewerkschaftskreisen nicht einmal theoretisch intensiver mit Rüstungs- und Abrüstungsproblemen beschäftigt, weder genaue Statistiken über die Anzahl der Rüstungsarbeiter führt noch analysiert, wieweit durch die Existenz von Rüstung in der BRD Arbeitslosigkeit vermieden oder geschaffen wurde (z. B. nach dem Auslaufen der ersten Beschaffungswelle 1963 bis 1966<sup>12</sup>), noch sich Gedanken über die Umstellung von Rüstungsproduktion macht. Wann ist beispielsweise einmal von den Gewerkschaften darauf hingewiesen worden, daß Rüstungsindustrie und Bundeswehr der zivilen Wirtschaft qualifizierte Facharbeiter in großer Zahl entziehen<sup>13</sup>?

Wann hätten sie darauf aufmerksam gemacht, daß durch die Ansiedlung von Rüstungsindustrie in wirtschaftlich unterentwickelten Regionen oft nur bereits vorhandene wirtschaftliche Monokulturen und damit die Krisenanfälligkeit verstärkt werden (siehe etwa die Rolle des Fahrzeugbaus im Kasseler Raum und der Werften in Norddeutschland)?

---

12 H. D. Klingemann, Wirtschaftliche und soziale Probleme der Auf- und Abrüstung, in: R. König (Hgg.), Beiträge zur Militärsoziologie, Köln/Opladen 1968, 246. Selbst jetzt in der Zeit der Arbeitslosigkeit fehlen der Industrie Facharbeiter, s. WAZ 13. 10. 1975.

13 Zur negativen Auswirkung von Militärausgaben und Rüstungsbeschäftigung auf die zivile Wirtschaft s. H. Regling, Militärausgaben und wirtschaftliche Entwicklung, Hamburg 1970, 104.

Das Defizit an rüstungspolitischem Problembewußtsein in den Gewerkschaften ist also beträchtlich. Was Wunder, daß sich dieses Defizit bei den Arbeitern wiederfindet. Was Wunder, daß sich Betriebsräte und Vertrauensleute in den Chor der Stimmen einreihen, die eine Lockerung der Rüstungsexportkontrollen fordern, damit Brasilien, der Iran und Südafrika unsere Waffen kaufen können<sup>14</sup>.

In einem Gespräch mit den Mitarbeitern des IG-Metall-Bildungszentrums in Sprockhövel wurde einmal gesagt, daß es zuallererst das Anliegen der Gewerkschaft sei, in den Betrieben den Organisationsgrad der Arbeiterschaft und damit ihre Konfliktfähigkeit zu erhöhen. Diese Strategie ist ebenso verständlich wie die Tatsache, daß die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben sich primär für ihre Löhne und die Abstellung betrieblicher Mißstände interessieren.

Nun wird der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den Fabriken, in denen die Panzer mit den Raubtiernamen Leopard, Gepard, Marder gebaut werden, bereits verhältnismäßig hoch sein. Daraus folgt doch: Der gewerkschaftliche Organisationsgrad impliziert keineswegs eine kritische Einstellung gegenüber dem, was produziert wird, wenn Organisation nicht mit kritischer Bewußtseinsbildung einhergeht. Für die Opfer in der Dritten Welt ist es egal, ob Maschinengewehre und Panzer in einem Betrieb mit hohem oder niedrigem gewerkschaftlichen Organisationsgrad gefertigt werden. Gespräche haben gezeigt, daß die Metallarbeiter in Kiel, Witten, Kassel oder München sich nicht besonders beunruhigt fühlen, wenn sie erfahren, daß die von ihnen gebauten Panzer in diktatorische Länder und Spannungsgebiete der Dritten Welt geliefert werden. Sicher würden sie lieber Lastwagen produzieren oder Nahverkehrssysteme, aber die Dinge seien nun mal nicht so. An diesem Punkt müßte gewerkschaftliche Bildungsarbeit einhaken: daß man eigentlich lieber etwas anderes produzieren möchte. Es muß für die Arbeiter klar erkennbar sein, daß die Gewerkschaft eine Alternative zu Rüstungsproduktion und -export anvisiert. Nur so wird die Entscheidung für den Eintritt in die Gewerkschaft zugleich eine politisch bewußte Entscheidung sein.

Kurz: Rüstungsbetriebe können von den Gewerkschaften, nehmen sie ihren Auftrag ernst, nicht so behandelt werden wie zivile Betriebe. Wenigstens für die Betriebsräte und Vertrauensleute müßten von Zeit zu Zeit Bildungskurse zum Thema Rüstung und Militarismus angeboten werden, die darüber aufklären, welche Bedeutung Rüstung für Staatsausgaben, Arbeitsmarkt, Inflation, innenpolitische Disziplinierung usw. hat. Die Arbeiter in den für den Export produzierenden Branchen müßten spezifisch über die Folgen des Transfers für die Empfänger informiert werden, falls man sich irgendwie noch der internationalen Solidarität verpflichtet fühlt.

---

14 S. „Waffen für die Welt?“ „Der Spiegel“ Nr. 38, 15. September 1975, 54. Im März 1976 forderten 16 Betriebsräte von 9 Rüstungsfirmen die Freigabe des Waffenexports in Länder der Dritten Welt (s. „Der Spiegel“ Nr. 12, 15.3. 1976, 43 f.; „Die Welt“ 17. 3. 1976), eine Maßnahme, von der sich der IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer distanzierte („Der Spiegel“ Nr. 13, 22. 3. 1976, 11 f., FR 18. 3. 1976).

Niemand sage, eine konsequente Haltung in der Waffenexportfrage sei eine Überforderung. 1963 hat die UNO ein Waffenembargo gegen die rassistische Republik Südafrika verhängt. 1973 haben die beiden großen Weltgewerkschaftsverbände auf einer Konferenz der ILO in Genf einen Beschluß zur Verstärkung dieses Waffenembargos gebilligt. Als die konservative Regierung in Großbritannien 1970 Waffenlieferungen an Südafrika massiv wiederaufnehmen wollte, haben die Gewerkschaften diese durch Boykottandrohungen verhindert<sup>15</sup>. Wenig später faßte der TUC-Gewerkschaftskongreß den Beschluß, Arbeiter, die sich aus Gewissensgründen weigern, an der Herstellung von Waffen für Südafrika mitzuwirken, zu unterstützen. Warum sollte, was britischen Arbeitern selbstverständlich ist, nicht auch in der Bundesrepublik möglich sein<sup>16</sup>?

All das bedeutet nicht, daß den Rüstungsarbeitern jetzt die Initiative für Rüstungsreduzierung und Umstellung aufgelastet werden soll. Der erste Schritt liegt bei der Gewerkschaftsführung selbst. Sie sollte sich an die Forderungen erinnern, die der 8. Bundesjugendkongreß des DGB 1971 in einer bedeutsamen EntschlieÙung aufgestellt hat:

„Noch sind jedoch Millionen Arbeitnehmer in der Rüstungsindustrie, im Militär und im paramilitärischen Bereich tätig. Für diese könnten aus einer konsequenten Abrüstungs- und Friedenspolitik zunächst Schwierigkeiten, etwa durch die Gefährdung von Arbeitsplätzen, entstehen, wenn die rüstungswirtschaftlichen Kapazitäten nicht rechtzeitig auf die zivile Produktion umgestellt werden.

Daher wird der Bundesvorstand des DGB aufgefordert, auf die Ausarbeitung von Produktionsplänen zu dringen, die eine Umstellung der westdeutschen Rüstungsproduktion auf zivile Erzeugnisse ermöglichen.

Insbesondere müssen die Gewerkschaften die Bundesregierung veranlassen,

1. genaue Statistiken über die Zahl der in der westdeutschen Rüstungsindustrie Beschäftigten zu veröffentlichen;
2. die Vergabe von Rüstungsaufträgen mit der Verpflichtung zu verknüpfen, auf Grund von Marktanalysen alternative Produktionspläne für den Fall zu erstellen, daß Rüstungsproduktionskapazitäten nicht mehr gebraucht werden;
3. detaillierte Konzepte alternativer Staatsaufträge infrastruktureller und entwicklungspolitischer Art zu erarbeiten, die von Unternehmen ausgeführt werden können, die heute Rüstungsgüter produzieren;

15 S. dazu A. S. Minty, Die englischen Gewerkschaften und das Waffenembargo gegenüber Südafrika, unveröff. Ms. 1975, sowie U. Albrecht, Politik und Waffengeschäfte, München 1972, 114 ff.

16 Einen Versuch gesellschaftlicher Bildungsarbeit zum Thema Südafrika referiert G. Breidenstein in: Materialien zur politischen Bildung H. 2, 1975. S. auch meine Bemerkungen zur Behandlung des Internationalismusproblems in den Gewerkschaften in: H.-J. Benedict, Internationalismus und Ökumene, Stuttgart 1975, 76 ff.



4. Pläne zur Integration freigesetzter Arbeitnehmer aus dem Militärbereich in die Gesamtwirtschaft zu entwickeln.

Unabhängig von diesen Aufgaben der Regierung muß der DGB in Verbindung mit den zuständigen Gewerkschaften die betrieblichen Funktionäre und die Aufsichtsratsmitglieder (Arbeitnehmervertreter) in Rüstungsunternehmen auffordern, in Verhandlungen mit den Unternehmensleitungen auf die Erstellung von Plänen zur Umstellung von Rüstungs- auf Zivilproduktion zu dringen. Auf Belegschaftsversammlungen sollte offen über die Notwendigkeit solcher Umstellungspläne diskutiert werden<sup>17</sup>."

Diesem Aufgabenkatalog ist wenig hinzuzufügen, es sei denn der Hinweis, daß die Friedensforschung bereit ist, an der Ausarbeitung solcher Umstellungspläne hilfreich mitzuwirken.

---

17 Abgedruckt in: Solidarität, 23. Jg., H. 1, 1971, 17.